



Frankreich steht in den kommenden Wochen vor einer landesweiten Streikwelle: Fluglotsen, Bahnangestellte, Landwirte, Beamte und selbst medizinische Labore kündigen massive Proteste an. Angesichts geplanter Budgetkürzungen, steigender Steuern und neuer Sparmaßnahmen wird der soziale Druck auf die Regierung unübersehbar.

Arbeitsplatzabbau: Ein brodelnder Konflikt

Jüngste Ankündigungen der Unternehmen Michelin und Auchan, insgesamt 3.650 Arbeitsplätze abzubauen, haben bereits Proteste und Unruhen bei den betroffenen Angestellten ausgelöst. Laut Arbeitsministerin Astrid Panosyan-Bouvet nehmen „kollektive Unternehmensverfahren“ in bedenklichem Ausmaß zu – ein Zeichen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die das Land plagen. Dies, zusammen mit der geplanten Budgetpolitik der Regierung für 2025, erhöht das soziale Spannungsniveau erheblich.

Streik bei Fluggesellschaften: Der Protest gegen steigende Flugsteuern

Am 14. November startet der Streik im Luftverkehr, ausgerufen von der mächtigen Gewerkschaft der Piloten. Grund hierfür ist eine geplante Erhöhung der Flugticketsteuer im Rahmen des Budgets 2025, die eine Milliarde Euro in die Staatskassen spülen soll. Flüge nach Übersee und nach Korsika sind von der Steuer ausgenommen, aber die Gewerkschaften warnen vor einem drastischen Arbeitsplatzverlust in der Branche. Auch der CEO von Air France hat sich gegen diese Steuer ausgesprochen.

Bahnstreik zur Weihnachtszeit: Unbefristeter Arbeitskampf

Auch bei der französischen Bahn (SNCF) regt sich Protest: Die Bahngewerkschaften planen vom 20. bis 22. November eine Arbeitsniederlegung und drohen zusätzlich ab dem 11. Dezember mit einem unbefristeten Streik – und das nur wenige Tage vor den Weihnachtsferien. Der Grund? Die geplante Umstrukturierung des Güterverkehrs, gegen die die Eisenbahner ein Moratorium fordern.

Landwirte auf der Straße: Widerstand gegen das Mercosur-



Abkommen

Am 18. November wollen auch Frankreichs Landwirte wieder auf die Straße gehen. Die Bauernverbände FNSEA und die Jungen Landwirte wehren sich gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten, das ihrer Meinung nach unfaire Konkurrenz schafft und die Standards ihrer Produktionsweise untergräbt. Schlechte Ernten und Tierseuchen haben die wirtschaftliche Lage der Bauern zusätzlich belastet, was die Wut auf die Regierung weiter anheizt.

Beamte: Mehr Krankheitsausfalltage – weniger Gehalt?

Im öffentlichen Dienst regen sich ebenfalls Unmut und Widerstand. Zwei große Gewerkschaften, die CGT und Force Ouvrière, lehnen die geplante Erhöhung der Karenztage bei Krankheit von einem auf drei Tage ab. Ein Streikbeginn ist für Anfang Dezember im Gespräch. Die CGT warnt zudem vor dem massiven Verlust von Arbeitsplätzen im Industriesektor und erwartet eine „bittere Entlassungswelle“ in Höhe von 150.000 Jobs.

„Shutdown“ in medizinischen Laboren

Selbst im medizinischen Bereich könnten Bürger die Folgen der Krise bald spüren: Medizinergewerkschaften haben angekündigt, dass medizinische Labore vom 23. bis 31. Dezember schließen könnten, falls keine neuen Tarifverhandlungen mit der Krankenversicherung erreicht werden. Diese drastische Maßnahme wird von den Laborbetreibern als letzte Möglichkeit gesehen, gegen die geplante Absenkung der Labortarife zu protestieren.

Ein gefährlicher sozialer Winter für die Regierung

Die kommende Streikwelle spiegelt das breite Misstrauen und die Unzufriedenheit wider, die sich angesichts geplanter Sparmaßnahmen und steigender Steuern aufbaut. In einem wirtschaftlich angespannten Klima wirkt jede Kürzungsmaßnahme wie ein Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob die Regierung auf die Sorgen und Forderungen der verschiedenen Sektoren eingeht oder ob sich Frankreich auf einen „heißen Winter“ der Proteste und sozialen Spannungen einstellt.

pic.twitter.com/iTy2rJkhjL



Frankreich vor einer Welle von Streiks: Regierung vor weiteren Krisen

— CGT Cheminots (@cgtcheminots) November 9, 2024